

(Göschel)

hat keinen Zweck. Deswegen haben wir aus arbeitsökonomischen Gründen darauf verzichtet.

(Heiterkeit – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Klingt gut!
– Abg. Hauk CDU: Faulheit! – Abg. Alfred Haas
CDU: Eine schöne Umschreibung für Faulheit!)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, die Vierteilung ist im Mittelalter eine Höchststrafe gewesen. Wenn nun die Kompetenz des Landesamts für Straßenwesen gevierteilt werden soll, dann sollte das nicht auch noch zur Strafe für die dortigen Mitarbeiter ausarten,

(Abg. Hauk CDU: Die vierteilen wir ja auch nicht! –
Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Das
weiß man bei Ihnen nie!)

sondern wir sollten versuchen – das ist unsere Forderung an die Landesregierung –, unverzüglich – ich betone: unverzüglich – diese Umsetzungen – das ist ein schlimmes Wort –, diese Veränderung der Dienststellen mit den Beschäftigten auf eine Weise durchzuführen, die einigermaßen verträglich, sozialverträglich ist, soweit dies irgend geht. Es sollte auch Klarheit für die Beschäftigten geschaffen werden, denn die Verunsicherung dient nicht der Motivation.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Scheuermann, bin ich sehr wohl der Auffassung, dass gerade im Bereich des Autobahnbaus – auch wenn es nur Ausbaumaßnahmen sind – in den nächsten Jahren erheblicher Planungs- und Baubetreuungsaufwand auf uns zukommt, weil das Anti-Stau-Programm Gott sei Dank für einen Ausbau sorgen wird. Wenn es dann durch diese Neuorganisation Reibungsverluste geben würde, wäre das verheerend. Wir fordern die Landesregierung auf, wenigstens in diesem Bereich das Mögliche zu tun, damit es nicht zu weiteren Verschlimmerungen kommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Ziel der Neuordnung der Straßenbauverwaltung ist der Aufbau einer effizienteren Straßenbauverwaltung. Die bisherige Trennung zwischen Autobahnverwaltung und Bundes- und Landesstraßenverwaltung wird aufgehoben. Für Insider: Wir halten es für gut, dass Blau und Gelb jetzt auch hier in einer Hand sind.

Das Ganze hat eine lange Historie. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode gab es intensive Diskussionen zwischen den Koalitionären über die Schaffung einer einzügigen Straßenbauverwaltung. Klar war, dass die bisherige Struktur – Fachaufsicht im Ministerium für Umwelt und Verkehr, Dienstaufsicht im Innenministerium – unglücklich ist und deswegen möglichst verändert werden muss.

Wir hatten eine Vielzahl von Gesprächen, auch mit Personalvertretungen, und danken ausdrücklich für die allseits konstruktive Zusammenarbeit.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf entspricht dem Ergebnis intensiver – manche sagen auch: zäher – Verhandlungen sowohl zwischen CDU und FDP/DVP einerseits als auch zwischen Ministerium für Umwelt und Verkehr und Innenministerium andererseits.

Herr Göschel hat eben angedeutet, dass wir den sparsamen Umgang mit Steuergeldern und ihren effektiven Einsatz eigentlich in einer noch konsequenteren Straffung für richtig gehalten hätten. Aber das war nicht umsetzbar. Letztlich ist das Ergebnis ein Kompromiss, der alle Belange, und zwar sowohl die fachlichen als auch die personellen Gesichtspunkte, so weit wie möglich berücksichtigt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie stimmen also erneut zu! –
Abg. Schmid SPD: Sie haben vorhin gedroht, es sei
das letzte Mal, dass Sie zustimmen!)

Wir halten das Ergebnis für einen Erfolg. Es handelt sich ja um Effizienz und eine Verbesserung und nicht um den Aufbau von neuer Bürokratie. Ich glaube, Sie sollten genau hinsehen.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Dr. Caroli SPD)

Wir halten es für einen Erfolg, dass die weitgehende Konzentration der Fach- und Dienstaufsicht im Ministerium für Umwelt und Verkehr gelungen ist. Das war uns ein wichtiges Anliegen.

Es ist richtig, dass nun eine Stärkung der Zuständigkeiten und der Kompetenz bei den Behörden vor Ort erfolgt, weil das einfach ein rationelleres Arbeiten bei gleichzeitiger Kostenreduzierung ermöglicht. Das war auch ein wesentliches Anliegen unseres Ministers für Umwelt und Verkehr.

Wir haben die Zusage des Ministeriums, dass eventuell notwendige Umsetzungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts für Straßenwesen neben fachlichen auch persönliche Gesichtspunkte der Betroffenen berücksichtigen. Unter diesen Aspekten trägt die FDP/DVP-Fraktion den Gesetzentwurf vollinhaltlich mit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Palmer.

(Abg. Blenke CDU: Schon wieder? Sind dieses Mal mehr Grüne da? Vorhin waren es nur zwei! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt würde ich gar nicht anfangen!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bei uns ist es halt so, Herr Kollege: Qualität vor Quantität.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das spricht für die Anwesenden!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben gehört, dass der vorliegende Gesetzentwurf dem Abbau von Bürokratie dienen soll. Er soll den Abbau von Parallelstrukturen bewirken und damit einen Effizienzgewinn in der Landesverwaltung erreichen. Wir haben heute Vormittag sehr

(Boris Palmer)

lange über die finanzielle Situation des Bundes und des Landes diskutiert. Da ist es doch nahe liegend, dass man sich, wenn ein Gesetz vorgelegt wird, das solche Versprechungen macht, auf die Suche nach den Einsparungen macht, die sich aus dem Effizienzgewinn ergeben.

In der Begründung des Gesetzentwurfs liest sich das auch sehr schön. Da heißt es unter III – Finanzielle Auswirkungen –: „Die Landesstraßenbauverwaltung wird in die Lage versetzt, wirtschaftlicher und rationeller zu arbeiten.“ Leider wird das nicht quantifiziert.

Deswegen sieht man bei IV – Personalbedarf – nach. Dort steht:

Zusätzlicher Bedarf entsteht daher nicht. Die in der Vergangenheit in der gesamten Landesstraßenbauverwaltung erbrachten Personaleinsparungen bleiben unberührt.

Verzeihung, Herr Minister, meine Damen und Herren! Ich finde, das ist etwas erstaunlich. Wir sprechen über Effizienzgewinne, und die einzige Auskunft über Einsparungen lautet: Es wird kein zusätzlicher Personalbedarf entstehen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben doch bisher schon im Vorgriff Stellen nicht wieder besetzt!)

Nun argumentieren Sie, Frau Berroth: Wir haben schon bisher Einsparungen erbracht; folglich werden die Effizienzgewinne dazu genutzt, diese Einsparungen zu erklären. Das kommt mir ein bisschen so vor wie die Theorie, dass man die Äpfel ernten könne, bevor man den Baum gepflanzt habe.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: In diesem Fall geht das wirklich!)

Wenn jetzt eine Reform stattfindet und in Form von Effizienzgewinnen Früchte bringt, wie kann dann das Personal schon vorher entlassen worden sein?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben vorgespart!)

Wo ist dann der Nutzen Ihrer Reform?

Die zweite Erklärung, die Sie mir anbieten, ist: Der Straßenbauetat – so sagte der Kollege Staatssekretär Mappus – sei ja in jüngster Zeit aufgestockt worden. Das ist wohl wahr. Das geschah gegen unseren Widerstand. Deswegen brauche man jetzt mehr Personal. Denn wenn man jetzt mehr Straßen baue, müsse man auch mehr Planer beschäftigen. Dem muss ich leider entgegenhalten: Das kann auch nicht die Erklärung dafür sein. Denn erstens haben Sie ja die Planungsmittel für Dritte. Diese Mittel sind auch ständig angewachsen. Das heißt, da ist ein externer Bedarf vorhanden. Den decken Sie gar nicht mit Ihrer Landesstraßenbauverwaltung. Wenn es also Effizienzgewinne gibt, müsste sich das irgendwann einmal in Kürzungen der Mittel für die Dritten auswirken.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut!)

Das tut es auch nicht. Das kann ja wohl nicht wahr sein!

Unseres Erachtens spricht außerdem dagegen – verzeihen Sie bitte –, wenn Sie sagen, Sie müssten beim Landesstraßenbau mehr planen, dann hätten Sie ja mehr Geld, dann ist es ja noch immer so, dass Sie beim Bundesstraßenbau bereits Pläne haben, die für die nächsten 30 Jahre reichen. Sie haben 50 % aller Bundesstraßenbauplanungen in Baden-Württemberg, vom Volumen her gesehen, bereits in der Schublade liegen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Also können Sie die Landesstraßenbauverwaltung 30 Jahre lang stilllegen, weil Sie gar nichts zu planen brauchen.

(Abg. Scheuermann CDU: Wir wollen doch auch bauen!)

Dafür brauchen Sie die Effizienzgewinne offensichtlich auch nicht.

Für uns heißt das – Herr Kollege Göschel hat ja wenigstens eine Erklärung geliefert –: Ihre ganze Reform ist untauglich. Sie bringt nämlich gar keine Effizienzgewinne, weil Sie eine Vierteilung durchführen und anschließend wieder mehr Leute brauchen, um sich gegenseitig darüber zu verständigen, was sie gerade gemacht haben, damit die rechte Hand erfährt, was die linke tut.

(Abg. Hauk CDU: Da merkt man, dass Sie nur an der Oberfläche herumgekratzt haben!)

Für uns heißt das jedenfalls: Wir stehen vor einer klaren Alternative: Entweder das Gesetz bringt tatsächlich Effizienzgewinne – dann werden Sie die Effizienzgewinne nur einsetzen, um mehr unnötige Straßenbaupläne zu vollenden. Dafür reichen wir Ihnen bestimmt nicht die Hand.

(Abg. Hauk CDU: Das mag möglich sein!)

Oder aber es bleibt beim alten Wasserkopf in der Straßenbauverwaltung. Auch da stimmen wir ganz bestimmt nicht zu.

Die Konsequenz kann für uns nur sein, dass wir dieses Gesetz ablehnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wider besseres Wissen hat er wieder geschwätzt! – Abg. Scheuermann CDU: Was Sie sich zurechtlegen, hat mit der Realität nichts zu tun! Sie haben sich einen Popanz zurechtgelegt, der mit der Realität nichts zu tun hat! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie reden von Straßenbau und fangen mit Gleisen an! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beitrag des Abg. Palmer hat mir sein Dilemma deutlich gemacht: Er hatte das Problem, dass er in einem Bereich zu einer Effizienzsteigerung beitragen sollte, in dem er eigentlich gar keine Effizienzsteigerung haben will.